



REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN
MINISTERIUM FÜR
PRÄSIDIALES UND FINANZEN

Rede von Regierungschef Adrian Hasler

anlässlich der

Infrachain 2018

3. Dezember 2018

Bern, Schweiz

– es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Bundesrat Maurer

Sehr geehrte Damen und Herren

Es freut mich sehr, dass Sie sich hier so zahlreich treffen, um über die möglichen Anwendungen der Blockchain-Technologie in der Verwaltung und öffentlichen Infrastruktur zu diskutieren. Das zeigt, dass moderne Staaten durchaus in der Lage sind, sich selbst weiterzuentwickeln und sich immer wieder zu fragen, wie sie den Bürgerinnen und Bürgern am besten dienen können.

Ich möchte Ihnen in den nächsten Minuten aufzeigen, was wir in Liechtenstein konkret machen, um den Staat und die staatlichen Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln, auch – aber nicht nur – zur Unterstützung von neuen Technologien wie der Blockchain.

Meine sehr geehrten Damen und Herren: Ist es eigentlich nicht erstaunlich, dass wir über „Blockchain und Staat“ diskutieren? Ist Bitcoin, und damit die Erfindung der Blockchain-Technologie, nicht aus einem tiefen Misstrauen gegenüber den staatlichen Währungen, sowie gegenüber dem Geld- und Finanzsystem entsprungen? Wollte der anonyme Erfinder von Bitcoin nicht den Staat, die Zentralbanken und die Banken ersetzen?

Und wir diskutieren heute als Staatsvertreter über Blockchain? Und schaffen in Liechtenstein ein Blockchain-Gesetz? Ist das nicht ein Widerspruch?

Ich denke nicht.

Ich persönlich bin überzeugt, dass Staaten als „Rechtsstaaten“ einen grossen Mehrwert für Menschen und Unternehmen bieten. Die Definition von allgemein gültigen Regeln, die Aufsicht über deren Einhaltung, sowie ein unabhängiges Justizwesen sind eine der wichtigsten Grundlagen für unseren Wohlstand, aber auch für die Zufriedenheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Das bedeutet nicht, dass uns Technologie dabei nicht unterstützen darf. Es kann durchaus sein, dass gewisse staatliche Funktionen, wie z.B. eine Registerführung in Zukunft vollständig durch Technologie ersetzt werden. Aber erst durch die Einbettung in ein rechtsstaatliches Gerüst entsteht aus meiner Sicht die für uns alle so wichtige Rechtssicherheit.

Wir müssen aber auch ehrlich zu uns selbst sein: Die Kritik am Geldsystem, die im Jahr 2008 durch die Schaffung von Bitcoin manifestiert wurde, ist nicht aus der Luft gegriffen. Nicht alle

Währungen auf dieser Welt sind so stabil aufgesetzt wie der Schweizer Franken, verbunden mit einer unabhängigen und effektiven Nationalbank.

Wir – und damit meine ich Liechtenstein – sind sehr froh, dass wir seit ungefähr 100 Jahren den Schweizer Franken als gesetzliches Zahlungsmittel benutzen dürfen. Liechtenstein feiert im nächsten Jahr sein 300-jähriges Jubiläum. Wir sind uns sehr bewusst, dass es auch mal anders war und viele Bürger am Ende des ersten Weltkriegs durch den Verfall der österreichischen Krone fast ihr gesamtes Vermögen verloren haben. Angesichts der Tatsache, dass solche Situationen auf der ganzen Welt immer wieder vorgekommen – und auch heute wieder zu beobachten sind – ist es vielleicht gar nicht so schlecht, wenn eine über das Internet leicht zugängliche Währung existiert.

Als liberaler Mensch bin ich der Überzeugung, dass Konkurrenz in vielen Fällen positiv ist. Auch als Staaten müssen wir beweisen, dass wir einen Mehrwert bieten können. Es wäre ein Fehler, sich nur auf das staatliche Monopol zu berufen und private Konkurrenz verbieten zu wollen.

Ein noch viel grösserer Fehler wäre es, wenn wir unsere heutigen Finanzdienstleister vor der Innovationskraft der neuen Technologien schützen wollen, indem wir sie nicht zulassen oder ausbremsen.

Auf der Seite der Wirtschaft haben wir in den letzten Jahren gesehen, dass Blockchain-Unternehmen staatliche Regulierung ausdrücklich wünschen. Wenn Regulierung klug, effektiv und offen für Innovationen ist, stellt sie tatsächlich einen Mehrwert dar.

Wenn wir von Blockchain sprechen, sprechen wir auch von Innovation im Finanzwesen. Die Digitalisierung im Allgemeinen und insbesondere die Blockchain-Technologie werden das Finanzwesen der Zukunft verändern. In Anfängen passiert dies gerade jetzt.

Es ist aus meiner Sicht eine der zentralsten Aufgaben des Staates, auch bei innovativen Entwicklungen für ein angemessenes Mass an Rechtssicherheit zu sorgen. Rechtssicherheit, die unterstützt und Leitplanken definiert – und nicht verhindert.

Innovative Unternehmen wollen ein besseres Angebot für die Kunden entwickeln, sie wollen keine Gesetze brechen. Es ist sehr wichtig, dass wir solchen Unternehmen Klarheit darüber geben, was möglich ist und wo die konkreten Grenzen liegen. Die Definition dieser Grenzen ist dabei mindestens so wichtig.

Es ist ein natürlicher Reflex von Behörden oder Staaten im Allgemeinen, neuen Entwicklungen mit Skepsis zu begegnen, erstmals nicht zuzulassen und abzuwarten, was andere Staaten tun. Aus Sicht eines Unternehmens bedeutet dies eine grosse Unsicherheit, verbunden mit kostspieligen Zeitverlusten.

Der Unterschied zu früher ist, dass diese neuen Geschäftsmodelle global sind. Das bedeutet: Wenn es bei uns nicht möglich ist, ein Geschäftsmodell umzusetzen, dann wird es irgendwo anders auf der Welt umgesetzt, im schlimmsten Fall komplett ausserhalb der staatlichen Kontrolle. Für die Staaten bedeutet dies jedoch einen Know-how-Verlust in Bezug auf eine neue, wesentliche Technologie. Damit ist verbunden, dass die zukünftige Wohlstandsentwicklung nicht hier, sondern anderswo stattfindet.

Wenn es einem heute gut geht, wenn man satt ist, dann ist es schwer vorstellbar, dass es auch mal wieder anders sein könnte. Aber wir müssen uns immer wieder bewusst machen, dass unser heutiger Wohlstand wesentlich auf dem Pionier- und Innovationsgeist unserer Vorgenerationen aufbaut und nicht selbstverständlich ist. Deshalb ist aus meiner Sicht die Weiterentwicklung unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch heute von grosser Bedeutung.

In Liechtenstein habe ich mit „Impuls Liechtenstein“ vor rund vier Jahren ein Innovations-Framework eingerichtet, welches uns bei diesen Aufgaben unterstützen soll. Wir haben dafür eine Art staatlichen Innovationsprozess initiiert, den wir mit dem Begriff „Innovationsclubs“ bezeichnen. Es handelt sich einfach ausgedrückt um „Crowd-Sourcing“ für Ideen zur Weiterentwicklung der staatlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Über diesen Prozess pflegen wir einen intensiven Kontakt zu unseren Unternehmen und können frühzeitig ihre konkreten Probleme und Herausforderungen diskutieren und aufgreifen.

In den letzten drei Jahren sind über 100 Ideen in diese „Innovationsclubs“ eingeflossen und haben die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftsraums aktiv unterstützt. Das heute breiter bekannte Blockchain-Gesetz ist unter anderem aus Inputs aus verschiedenen Innovationsclubs entstanden. Die Arbeiten dazu haben vor rund zwei Jahren begonnen, was zeigt, dass wir durch den intensiven Kontakt mit den innovativen Unternehmen sehr früh Problemfelder erkennen und schneller agieren können.

Angesichts der grossen Dynamik in der Wirtschaft ist dieser Prozess einer der wichtigsten strategischen Elemente, um unseren zukünftigen Wohlstand und attraktive Arbeitsplätze in Liechtenstein zu erhalten.

Ein weiteres wichtiges Element, das wir im Jahr 2015 bei der Finanzmarktaufsicht eingeführt haben, nennen wir „Regulierungslabor“. Das Regulierungslabor unterstützt innovative Unternehmen im Bewilligungsprozess und bündelt so auch das wichtige Know-how über neue Technologien wie die Blockchain.

Dieses Regulierungslabor und das Know-how im Fin-Tech Bereich sind vor allem verantwortlich dafür, dass in Liechtenstein gewisse Anwendungen der Blockchain früher als in anderen Staaten möglich waren. Unsere FMA hat die ersten europäischen Anlagefonds, welche in Kryptowährungen investieren dürfen, sowie den ersten Security Token auf der Basis des europäischen Wertpapierprospektrechts zugelassen. Eine Zeitlang war eine liechtensteinische Bank eine der wenigen europäischen Banken, welche Blockchain-Unternehmen überhaupt angenommen hat.

Und das alles hat die FMA nicht deshalb zugelassen, weil sie ausserordentlich risikofreudig ist, sondern weil sie mit ihrem fundierten technischem und juristischen Wissen und nach ausgiebiger Prüfung zum Schluss gekommen ist, dass – trotz einer neuen Technologie – die hohen Qualitätsstandards im Finanzplatz auch hier eingehalten werden.

Wenn man die Anwendungen genau anschaut, gibt es keinen Grund, diese nicht zuzulassen. Und das ist ein sehr entscheidender Punkt: Innovation am Finanzplatz kann nicht entstehen wenn ein Staat sich nicht grösste Mühe gibt, zu verstehen, die Technologieneutralität zu wahren und Neues zuzulassen.

Wir beobachten aber international und in Liechtenstein genau, wo es noch Problemfelder und Optimierungspotential gibt und versuchen diese auch zeitnah zu lösen. Auch das ist ein Teil des staatlichen Innovationsprozesses: Die staatlichen Regeln und die Mittel der Behörden müssen sich mit der privaten Innovation mitentwickeln, um dasselbe Mass an Rechtssicherheit zu erhalten.

Gerade in Bezug auf die Blockchain-Technologie haben wir früh festgestellt, dass es dringenden Regelungsbedarf gibt:

Einerseits braucht es rechtliche Klarheit über die Behandlung von Kryptogeld und Token. Das ist das, was Sie in der Schweiz auch schon intensiv diskutieren: Ist Kryptogeld ein Zahlungsmittel, ein Wertpapier oder ein anderer Anlage-Gegenstand? Wir sind in Liechtenstein zu einem ähnlichen Schluss gekommen wie auch Sie in der Schweiz: Es hängt von der Ausgestaltung ab.

Als wir das Blockchain-Gesetz vor zwei Jahren entworfen haben, haben wir schnell gemerkt, dass es um weit mehr geht als nur die Diskussion um Kryptowährungen. Es geht vielmehr um die Tokenisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Mit der Einführung des Token als neues Rechtselement schaffen wir ein Instrument, mit dem jedes beliebige Recht aus der „analogen Welt“ digital abgebildet werden kann. Und das ist aus meiner Sicht eine der wichtigsten Innovationen unseres Gesetzes.

Führt man ein neues Rechtselement ein, muss man viele – ansonsten selbstverständliche – Rechtsfolgen neu definieren: Kann man Eigentum an einem Token haben? Wie ist die Verbindung zwischen dem Token und dem abgebildeten Recht? Wie geht man mit Delegationen an professionelle Dienstleister um, wie mit Diebstahl und vielem mehr?

Das sind alles Fragen, welche heute bereits in Zusammenhang mit Kryptowährungen bestehen und aus meiner Sicht für die Schaffung der Rechtssicherheit auch geklärt werden müssen. Mit unserem geplanten Blockchain-Gesetz können alle, d.h. Unternehmen sowie Private, von der wichtigen Rechtssicherheit unserer Systeme profitieren, wenn sie Token besitzen.

Zum zweiten besteht heute Handlungsbedarf in Bezug auf die Dienstleister und die Rechtssicherheit für Nutzer von Blockchain-Systemen. Das Blockchain-Gesetz definiert Mindeststandards für Dienstleister, um einerseits die Kunden zu schützen, andererseits die Interessen des Staates wie z.B. zur Kriminalitätsbekämpfung zu sichern.

Die Schweiz und Liechtenstein sind seit bald 100 Jahren mit einem Zollvertrag eng verbunden und pflegen seither eine freundschaftliche Partnerschaft, verbunden mit sehr ähnlichen Werten. Liechtenstein und die Schweiz pflegen nicht nur politisch, sondern auch auf der Verwaltungsebene einen engen Austausch.

Es freut mich deshalb umso mehr, dass auch der Bundesrat die Chancen der Blockchain früh erkannt hat und diese aktiv unterstützt. Heute verfügt sowohl die Schweiz wie auch Liech-

tenstein über eine im weltweiten Vergleich sehr aktive und teilweise führende Blockchain-Community. Diese enge Verbundenheit könnten wir auch im Blockchain-Bereich weiter ausbauen.

Auf privatwirtschaftlicher Ebene gibt es im Blockchain-Bereich bereits heute eine intensive Zusammenarbeit zwischen schweizerischen und liechtensteinischen Unternehmen. Beide Staaten haben Vorteile, welche sich optimal ergänzen. Liechtenstein hat beispielsweise einen direkten Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Mit den kurzen Wegen und dem Innovations-Framework ist Liechtenstein in der Lage, sich rasch und agil auf die Innovationskraft der Blockchain einzustellen. Die Schweiz hat neben vielen weiteren Vorteilen auch einen grossen Fachkräftepool und eine hervorragende Informatik- und Finanzinfrastruktur.

Um diese Vorteile noch besser zu nutzen, sehe ich ein grosses Potential in der Zusammenarbeit auf Ebene der Finanzmarktaufsichtsbehörden. Ein möglicher Ansatz wäre ein Modell zu finden, damit die Bewilligung und Aufsicht von Blockchain-basierten Finanzdienstleistern, welche in beiden Ländern aktiv sind, lückenlos funktioniert. So könnten wir einen einheitlichen Raum mit grosser Rechtssicherheit bieten. Insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Token Ökonomie ist diese Rechtssicherheit ein enormer Vorteil.

Ein weiteres Potential sehe ich im Steuerbereich: Aufgrund des Zollvertrags gelten z.B. die Mehrwertsteuer und die Emissionsabgaben auch in Liechtenstein. Blockchain-Anwendungen werfen häufig nicht nur finanzmarktrechtliche, sondern auch steuerrechtliche Fragen auf.

Damit diese Fragen, die in Zukunft immer wieder auftreten werden, zeitnah und fair beantwortet werden können, müssen die konkreten Praxisfälle seitens der Steuerbehörden auch analysiert werden. Ich würde es sehr begrüssen, wenn es einen engen Fachdialog zwischen unseren beiden Steuerbehörden zur Diskussion dieser Praxisfragen der Blockchain geben würde. Da wir in Liechtenstein einen sehr direkten Dialog zwischen Staat und Unternehmen pflegen, können wir von unserer Seite sicherlich die eine oder andere Information frühzeitig einbringen, die vielleicht auch die Schweiz weiterbringt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, dass die Blockchain-Technologie und die dadurch ausgelöste Entwicklung zur Token Ökonomie die weltweite Wirtschaft verändern wird.

Aus meiner Sicht ist es dabei entscheidend, dass wir als Liechtenstein, als Schweiz und als Europa den Anschluss an diese Entwicklung nicht verpassen. Unsere beiden Länder sind der-

zeit hervorragend positioniert. Genau deshalb ist eine verstärkte Kooperation im Blockchain-Bereich jetzt sehr sinnvoll.

In diesem Sinne hoffe ich, dass sich in Zukunft viele Unternehmen mit hoher Innovationskraft in unseren beiden Ländern ansiedeln und so dazu beitragen, unseren zukünftigen Wohlstand und attraktive Arbeitsplätze zu erhalten.